



**Rede von
Guido van den Berg MdL**

„Förderabgabe für die Braunkohle?“

**zum Antrag:
Änderung des Bundesberggesetzes
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5275**

**am Donnerstag, 27. März 2014
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(in APr 16/54)**

www.guido-vandenbergh.de

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmalenbach. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege van den Berg.

Guido van den Berg (SPD): Guido van den Berg (SPD): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In dem Antrag steht, es sei das „Ziel, die Befreiung ... von der Förderabgabe“ aufzugeben. Der Begriff „Befreiung“ macht schon deutlich, dass Sie sich nicht ausreichend mit dem Thema befasst haben. Denn schließlich ist bei dem 1982 in Kraft getretenen Bundesberggesetz keine neue Ausnahme geschaffen worden, sondern ein bereits verliehenes Recht an Bergbaueigentum weiter gewahrt worden.

So erkennt das Bergrecht die bestehenden Gewinnungsberechtigungen des preußischen Allgemeinen Berggesetzes ausdrücklich an und schlussfolgert, dass alte Rechte nicht nachträglich einer Förderabgabepflicht unterworfen werden können.

Die erwähnte Ausarbeitung des Deutschen Bundestages von Frau Dr. Giesecke aus 2011 ist bekanntlich rechtlich umstritten. Eines macht sie aber ganz deutlich: Sie zeigt, dass der Piratenantrag als rechtlich naiv eingestuft werden muss. Die Antragsbegründung der Piraten ist nicht ausreichend. Es wäre zwingend gewesen – das macht die Ausarbeitung des Bundestages klar –, die Einschränkung der bislang gewährten Grundrechte der Artikel 2, 12 und 14 des Grundgesetzes mit einem anderen Rechtsgut zu rechtfertigen. Das tun Sie aber mitnichten.

Insoweit verkennen Sie auch, welche Bedeutung eigentlich in diesem Vorgang liegt. Denn Verfassungsgerichte achten sehr penibel darauf, dass der Gesetzgeber die Bedeutung von Grundrechten nicht verkennet, ihren Wesensgehalt nicht antastet und Einschränkungen nicht unverhältnismäßig verändert.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sehr gut!)

All das blenden Sie aus.

Bemerkenswert ist sicher auch, dass sich die Initiative, die Sie starten, einseitig gegen ein bestimmtes bergbautreibendes Unternehmen richtet. Jeder weiß jedoch, dass ein Gesetz im materiellen Sinne eine generell abstrakte Regelung für eine unbestimmte Vielzahl von Einzelfällen sein sollte. Auch hier machen Sie sich angreifbar.

Schauen wir uns die ökonomische Seite an! Jeder weiß, dass Steuern überwältzt werden. Zahler einer Steuer muss nicht der Träger einer Steuerlast sein.

Hier beginnt die Verschleierung der Piraten. Sie haben es gerade gesagt, Herr Schmalenbach, und in dem Antrag steht es auch – ich zitiere –: Es gehe nur darum, „die hohen Margen“ des Unternehmens zu reduzieren, und es gebe nur sehr geringe Auswirkungen auf den Strompreis, da dieser durch den Merit-Order-Effekt bestimmt sei.

Der Marktwert ist aber doch noch kein Gewinn, Herr Schmalenbach. Sie waren bei Ihrer Parteitagsbegründung 2013 – nachzulesen auf Ihrer Website – da deutlich

ehrlicher. Dort steht nämlich genau das Gegenteil – Zitat –: „Diese Förderabgabe würde Braunkohlestrom verteuern.“

Also, sagen Sie es auch hier klar: Sie wollen die Strompreise anheben. Und sagen Sie auch klar: Die Rechts- und Investitionssicherheit inmitten eines Prozesses der Weiterentwicklung von Strommärkten würde an dieser Stelle gefährdet werden. Sie betreiben einen aktiven Beitrag zur Chaotisierung der Energiewende.

Das preußische Allgemeine Bergrecht verleiht ein Gewinnungs- und Aneignungsrecht. Der genaue Blick zeigt, dass dies noch kein Eigentum am Bodenschatz vermittelt. Das ist auch politisch zentral. Die Braunkohle gehört nicht irgendeinem Unternehmen, sondern sie gehört den Menschen der Region.

Das war auch das, was uns politisch immer angetrieben hat. Wir haben in der Vergangenheit Abbaugenehmigungen an Bedingungen geknüpft; ich erinnere an das Kraftwerkserneuerungsprogramm. Wir werden dies auch in Zukunft tun, was Investitionen angeht, aber auch, was Beiträge von bergbautreibenden Unternehmen zum Beispiel für Prozesse des Strukturwandels angeht. Ich erinnere an die Beteiligung bei der Innovationsregion Rheinisches Revier.

Lieber Herr Schmalenbach, selbst wenn man wie Sie im tiefsten Inneren nur davon beseelt ist, RWE Schlechtes zu wollen, bewirkt der Piratenantrag aktuell schlicht das Gegenteil. Denn man bietet sich damit faktisch an, zum öffentlichen Sündenbock für die wirtschaftlichen Probleme des Konzerns zu werden.

Viel lieber würde ich an dieser Stelle einmal über die Managementversäumnisse dieses Unternehmens in den letzten Jahrzehnten sprechen. Die Energiewende wurde erst bekämpft, dann lange verschlafen, kostspielige und erfolglose Einkaufstouren wurden im Ausland betrieben, und dann gab es noch eine nicht erkennbare Führung zu den neuen Geschäftsfeldern der zukünftigen Energiemärkte. Das sind die wahren Probleme.

Ihr Antrag aber bewirkt exakt das Gegenteil, lieber Herr Schmalenbach. Sie bieten eine Steilvorlage an, sodass RWE von eigenen Fehlern ablenken kann. Deswegen mein herzlicher Appell an Sie: Wenn Sie es ernst meinen, stimmen Sie gegen Ihren eigenen Antrag! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Hovenjürgen.